

Fraktion **direkt**

12 | 21. März 2014

Zur Lage

Wir müssen unsere Werte verteidigen Sanktionen sind ein notwendiges Signal an Moskau

Russland hat sich nicht von seinen Plänen abhalten lassen. Schritt für Schritt verwirklicht Präsident Wladimir Putin sein Ziel, die Krim zu einem Teil seines Landes zu machen.

Der Westen hat das Referendum auf der Krim an diesem Sonntag nicht verhindern können. Angesichts der Entschlossenheit auf Seiten Moskaus wäre dies nur mit militärischen Mitteln möglich gewesen. Diese Option stand für Deutschland, die EU und die USA nie zur Diskussion.

Das ändert aber nichts daran, dass wir Russland in den nächsten Jahren dazu drängen werden, den Bruch des Völkerrechts wieder rückgängig zu machen. Wir müssen einen Rechtsbruch einen Rechtsbruch nennen. Es ist gerade eine Lehre aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, dass wir nicht schweigend zusehen dürfen, wenn das Völkerrecht mit Füßen getreten wird. Dazu muss als erstes unsere Wortwahl eindeutig sein.

„Russland hat sich international isoliert“

Russland hat sich international isoliert. Dies kann Präsident Putin nicht freuen. Im Weltsicherheitsrat stand Moskau allein, als es um die Nichtanerkennung des Krim-Referendums ging. China – und das ist ein wichtiges Signal – hat sich der Stimme enthalten. Ein ähnliches Bild hat sich im Europarat und in der OSZE gezeigt. Die Staatenwelt ist sich einig, dass das Verhalten Moskaus inakzeptabel ist. Dass die Krim einmal Teil Russlands war, ändert überhaupt nichts an der Sachlage. Nikita Chruschtschow selbst hat die Krim aus Russland herausgelöst. Russland hat die Grenzen der Ukraine 1994 nochmals anerkannt.

Die EU und die USA haben ihre politische Zusammenarbeit mit Russland eingefroren und mit weiteren Sanktionen reagiert. Das sind moderate Schritte, mit denen der Westen signalisiert, dass er nach wie vor gesprächsbereit ist. Präsident Putin muss durch diese Tür gehen. Tut er dies



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

nicht, ist völlig klar, dass wir weitere Sanktionen beschließen werden. Eine mögliche weitere Destabilisierung der Ukraine können wir nicht hinnehmen. Wir müssen auch bereit sein, unsere Werte zu verteidigen. Und dazu gehört, dass man im 21. Jahrhundert nicht Grenzen in Europa mit dem Mittel der Gewalt verschieben darf. Dafür müssen wir auch bereit sein, vorübergehend wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Im Bundestag ist in diesen Tagen nebenbei eines deutlich geworden. Die Linkspartei ist im 21. Jahrhundert noch nicht angekommen. Offen übernehmen ihre Spitzenvertreter die Argumente Russlands. Alle in der SPD können nun erkennen, wo die Linkspartei wirklich steht.

Volker Kauder

Inhalt

Wir müssen unsere Werte verteidigen	1
Handlungsbedarf bei Armutszuwanderung	2
„Die G8 gibt es nicht mehr“	3
Die Umtriebe der „Five Eyes“ unter der Lupe	4
Soldaten leiden unter Doppelbelastung	5
Ausbildung somalischer Soldaten weiter unterstützen	6
„Begegnung auf Augenhöhe“	6
„Eine einfache Lösung wird es nicht geben“	7
„Staaten müssen Religionsfreiheit garantieren“	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Handlungsbedarf bei Armutszuwanderung

Empfehlungen des Ausschusses



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit einer zugespitzten Formulierung hat die CSU-Landesgruppe Anfang des Jahres eine Debatte über die sogenannte Armutszuwanderung angestoßen. Wir haben für unseren Vorstoß zum Teil heftige Kritik einstecken müssen. Auf breiter Front sahen wir uns dem Vorwurf des Populismus ausgesetzt. Es hieß, wir legten die Axt an einen Grundpfeiler der Europäischen Union: die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Vom politischen Gegner, auch von den Medien hieß es reflexhaft, wir wollten mit platten Parolen am rechten Rand fischen.

Freizügigkeit nicht missbrauchen

Der Vollständigkeit halber betone ich an dieser Stelle noch einmal: Die Freizügigkeit ist eine wichtige Errungenschaft der europäischen Integration. Die CSU-Landesgruppe steht – ohne Abstriche – zur Freizügigkeit. Wir sagen allerdings auch: Diese Freizügigkeit darf nicht missbraucht werden. Beispielsweise dadurch, dass beim Zuzug nach Deutschland nicht die Arbeitsuche, sondern der Bezug von Sozialleistungen im Vordergrund steht. Eine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme darf es nicht geben. Mit unserem Hinweis auf die

Probleme, die sich infolge des Wohlstandsgefälles innerhalb der EU in Verbindung mit der Freizügigkeit ergeben können, haben wir auf Hilferufe vieler Kommunen reagiert. Diese hatten wiederholt lautstark beklagt, dass ein Missbrauch durch sogenannte Armutszuwanderung nicht nur die Akzeptanz der Freizügigkeit gefährde, sondern auch die Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bringe.

Gute und richtige Vorschläge

Nachdem wir harsch kritisiert worden sind, ist es nun quasi amtlich: Die Problematisierung des Themas war richtig und notwendig. Der Staatssekretärsausschuss, der Anfang des Jahres eingesetzt worden war, um dem Thema intensiver nachzugehen, hat einen Zwischenbericht vorgelegt, der erstens unsere Problembeschreibung teilt und zweitens eine Reihe konkreter Handlungsnotwendigkeiten benennt.

Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Verschärfungen sind zum großen Teil deckungsgleich mit dem, was die CSU-Landesgruppe gefordert hat. So schlagen die Fachleute beispielsweise vor, befristete Wiedereinreiseperrnen für den Fall des Missbrauchs des Freizügigkeitsrechts zu ermöglichen. Außerdem soll das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern zur Arbeitsuche befristet werden. Die Staatssekretäre schlagen auch vor, unter Strafe zu stellen, wenn eine Aufenthaltsbescheinigung durch falsche Angaben erschlichen wird. Kindergeld soll zudem nur noch bei Angabe der Steueridentifikationsnummer gezahlt werden. Gewerbeämter sollen Gewerbeanzeigen stärker auf Anhaltspunkte für Scheinselbstständigkeit prüfen. Das sind gute Vorschläge, die aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion in die richtige Richtung gehen. Sie zeigen, dass Handlungsbedarf besteht.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Die G8 gibt es nicht mehr“

Bundeskanzlerin gibt Regierungserklärung zum EU-Gipfel – Russland ist isoliert



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht Russland nach der Annexion der Schwarzmeeralbinsel Krim zunehmend international isoliert. Angesichts des völkerrechtswidrigen Verhaltens der Regierung in Moskau erklärte sie die Zusammenarbeit im Rahmen der acht Industrienationen für beendet. „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht mehr gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr“, sagte die Kanzlerin am Donnerstag in einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel.

Merkel erneuerte ihre Kritik an dem sogenannten Referendum auf der Krim: Es „entsprach weder der ukrainischen Verfassung noch den Standards des Völkerrechts“, sagte die Kanzlerin. Das Ergebnis der Abstimmung werde die internationale Völkergemeinschaft nicht anerkennen. Es handele sich um eine einseitige Veränderung von Grenzen. Merkel wies darauf hin, dass eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die das Referendum verurteilte, nur am russischen Veto gescheitert sei.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden nach Ankündigung von Merkel die Sanktionen der Stufe II ausweiten. Vor zwei Wochen hatte sich die Europäische Union auf einen Drei-Stufen-Plan von

Strafmaßnahmen geeinigt. Sollte sich die Lage in der Ukraine verschärfen, dann werde die EU die dritte Stufe, also wirtschaftliche Sanktionen, einleiten. Dies könnte der Fall sein, sollte sich die Lage in der Ost- und Südukraine weiter destabilisieren. Ob die geplanten deutsch-russischen Konsultationen Ende April stattfinden werden, sei derzeit offen, sagte die Regierungschefin.

Merkel bekräftigte, dass Deutschland und die Europäische Union die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen wollen. Das Hilfsprogramm der EU müsse jetzt schnell umgesetzt werden, forderte die Kanzlerin. Sie wies darauf hin, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) derzeit ebenfalls Gespräche mit Kiew über finanzielle Hilfen führe.

Wachstum und Beschäftigung

Der EU-Frühjahrgipfel befasst sich traditionell mit Wirtschaftsfragen. In dem Zusammenhang zog Merkel eine positive Zwischenbilanz der Bemühungen, die gemeinsame europäische Währung zu stabilisieren und die Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Wachstum und Beschäftigung sind nach den Worten der Kanzlerin der Schlüssel dafür, „um stärker aus der

Krise herauszukommen als wir in sie hineingegangen sind“. Die Euro-Zone als Ganzes habe erstmals nach schweren Jahren die Rezession hinter sich gelassen. Die Europäische Kommission rechne für 2014 mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Der Aufschwung sei allerdings keineswegs gesichert, warnte sie. Eine weitere wirtschaftspolitische Koordinierung sei notwendig, denn eine Konzentration auf Fiskaldisziplin allein reiche nicht aus.

„Das Recht muss das Starke sein in der Welt“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder zog die Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Recht muss das Starke sein in der Welt“, sagte er. Dass nun Friede herrsche, habe nichts mit Russland zu tun, sondern mit der Einigung Europas. Er sei dankbar, dass der überwiegende Teil des Bundestages, abgesehen von „ganz links“, hinter der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union stehe, wenn es um die Reaktionen gegenüber Moskau gehe.

Kauder dankte der deutschen Wirtschaft, speziell dem BDI und dem DIHK, die sich ebenfalls hinter die Politik der Bundesregierung gestellt hatten. Wirtschaftliche Sanktionen seien unter Umständen schmerzhaft, jedoch sei nichts schmerzhafter, als Willkür ausgeliefert zu sein, hatte DIHK-Präsident Eric Schweitzer erklärt.

„Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft und eine Friedenssicherung“, rief Kauder in Erinnerung. Diese Botschaft müsse von dem EU-Gipfel ausgehen. „Nichts wäre schlimmer, als wenn der russische Präsident Putin auch noch den Erfolg hätte, dass wir uns in Europa über Maßnahmen gegen Russland zerstritten.“

Die Umtriebe der „Five Eyes“ unter der Lupe

Der nominierte Vorsitzende Clemens Binninger über den neuen NSA-Untersuchungsausschuss



Foto: Daniel Kopp

Clemens Binninger
Nominierter Vorsitzender des
NSA-Untersuchungsausschusses

Nach langem Anlauf haben sich Koalition und Opposition auf einen gemeinsamen Untersuchungsausschuss zur Spähaffäre um den amerikanischen Geheimdienst NSA geeinigt. Über Sinn und Zweck des Ausschusses, den der Bundestag am Donnerstag einsetzte, sprach „Fraktion direkt“ mit dem nominierten Vorsitzenden Clemens Binninger (CDU).

Herr Binninger, die Koalitionsfraktionen waren von Anfang an bereit zu einem NSA-Untersuchungsausschuss. Warum hat es letztendlich mehr als zwei Monate gedauert, bis ein fraktionsübergreifender Antrag mit der Opposition formuliert werden konnte?

Binninger: Im Kern waren die Überlegungen von Koalition und Opposition, was den Untersuchungsauftrag angeht, durchaus ähnlich. Dennoch mussten einige Punkte noch verhandelt werden, auch um den Untersuchungsauftrag klarer und bestimmter zu fassen. Wir haben im Übrigen keinen unmittelbaren Zeitdruck bei der Ausschussarbeit, so dass die Zeit in einen klar und bestimmt formulierten Antrag gut investiert war.

Was genau soll der Ausschuss aufklären?

Binninger: Der Ausschuss wird sich mit drei großen Komplexen befassen. Erstens mit der Frage, ob und in welcher Weise Nachrichtendienste der sogenannten „Five-Eyes“-Staaten – also der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands – Kommu-

nikation von, nach und in Deutschland überwacht haben. Dazu gehört auch die Frage, ob deutsche Stellen mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten. Zweitens geht es um die Frage, ob und wie weit Mitglieder der Bundesregierung und anderer Verfassungsorgane überwacht wurden. Und drittens um die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, um Kommunikation im digitalen Zeitalter vor diesem Hintergrund besser zu schützen.

„Zeugen aus den USA oder Großbritannien sind unwahrscheinlich“

Zeugen aus den USA oder Großbritannien werden dem Ausschuss wohl kaum Rede und Antwort stehen. Wie wollen Sie an relevante Informationen herankommen?

Binninger: Ich rechne in der Tat nicht damit, dass die amerikanische oder die britische Regierung uns Akten zur Verfügung stellt oder Zeugen schickt.

Wir werden also das, was öffentlich bekannt ist, hinterfragen und bewerten. Außerdem können wir uns Akten von Sicherheitsbehörden des Bundes vorlegen lassen und entsprechende Zeugen hören. Für sehr spezifische Fragen können wir Sachverständige hinzuziehen.

Welche Rolle soll der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden spielen, der mit seinen Veröffentlichungen die Sache ins Rollen gebracht hat?

Binninger: Wie bei jedem anderen Zeugen auch muss sich der Untersuchungsausschuss objektiv mit der Frage auseinandersetzen, ob er uns mit seinem Wissen und seiner Aussagebereitschaft in der Sache weiterhelfen kann. Snowden hat nach eigenem Bekunden ja überhaupt keine Unterlagen mehr, sondern alles, was er hatte, an Journalisten weitergegeben. Außerdem war er – soweit bekannt – nicht mit nachrichtendienstlicher Arbeit befasst, sondern lediglich für die technische Unterstützung dieser Arbeit zuständig. Seine öffentlichen Äußerungen zum Thema, zum Beispiel schriftlich gegenüber dem Europäischen Parlament, waren bisher allgemein gehalten und nicht sehr erhellend. Dies alles gilt es auch zu prüfen, bevor man Beweisbeschlüsse fasst.

Welche Lehren soll der Untersuchungsausschuss aus dem NSA-Skandal ziehen – etwa im Bereich Datenschutz und Datensicherheit?

Binninger: Ich bin immer skeptisch, wenn Bewertungen und Empfehlungen, die sich ja seriöserweise erst aus unserer Arbeit ergeben können, schon zu Beginn feststehen. Eine Lehre, die wir aus der Debatte der letzten Monate allerdings ziehen sollten, ist die, das Thema zu versachlichen und nicht alles in einen Topf zu werfen, sondern zu differenzieren.

Soldaten leiden unter Doppelbelastung

Neustrukturierung der Bundeswehr und Auslandseinsätze – Jahresbericht des Wehrbeauftragten



Foto: picture alliance / dpa

Die Zahl der Soldaten und Soldatinnen, die sich mit ihren Sorgen und Nöten an den Wehrbeauftragten des Bundestages wandten, hat im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht im Vergleich zu ihrer Gesamtzahl. Das geht aus dem Jahresbericht 2013 hervor, den der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus Ende Januar Bundestagspräsident Norbert Lammert überreicht hatte und über den der Bundestag am Donnerstag debattierte. Als Ursache für die gestiegene Unzufriedenheit nannte Königshaus die Doppelbelastung der Soldaten durch Auslandseinsätze und die Neuausrichtung der Bundeswehr.

„An den Grenzen der Leistungsfähigkeit“

Im vergangenen Jahr erfasste der Wehrbeauftragte 5.095 Vorgänge und damit 786 mehr als im Jahr zuvor, während gleichzeitig die Jahresdurchschnittsstärke der Truppen von 197.880 auf 184.012 fiel. Die Eingabequote stieg somit von 21,8 auf 27,7 pro Tausend Soldaten – die höchste in

der Geschichte der Bundeswehr.

In seinem Bericht nannte Königshaus das Jahr 2013 „ein Jahr des Umbruchs“. So habe die laufende Neuausrichtung der Bundeswehr unter der vollen Belastung der Auslandseinsätze stattfinden müssen. Sie habe auch dazu geführt, dass viele Soldaten, Zivilbeschäftigte und ihre Familien in Unsicherheit darüber lebten, wo sie künftig ihren Platz in der neuen Bundeswehr finden werden. Neben den zuvor bestehenden Auslandseinsätzen – etwa in Afghanistan, dem Kosovo und dem Horn von Afrika – seien neue in der Türkei, im Senegal und in Mali hinzugekommen.

„Die Bundeswehr steht mit den laufenden Einsätzen personell wie materiell nach wie vor an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit“, heißt es in dem Bericht. Das gelte inzwischen nicht nur für Spezialisten aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche, sondern auch für Infanteriekräfte des Heeres ebenso wie für den taktischen Lufttransport und die Einsatzkräfte der Marine. Königshaus erinnerte daran, dass 2013 erstmals seit längerer Zeit auch wieder ein in Afghanistan Gefallener zu beklagen sei.

Vereinbarkeit von Dienst und Familie

Eine besondere Bedeutung misst der Wehrbeauftragte der Vereinbarkeit von Dienst und Familie bei, die auch die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verbessern will. Da die Bundeswehr mit zivilen Unternehmen um den knapper werdenden qualifizierten Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren müsse, müsse sie auch attraktive Arbeitsbedingungen anbieten, heißt es in dem Bericht. Daher komme es darauf an, den Dienst so zu gestalten, dass er „ein befriedigendes Familienleben und den Erhalt eines normalen sozialen Umfeldes zulässt“. Hier mahnte der Wehrbeauftragte einen Abbau der dienstlichen Belastungen, die Verringerung der Entfernung zwischen Dienst- und Wohnort und eine bessere Kinderbetreuung an.

Meldungen über sexuelle Übergriffe auf Frauen nannte der Wehrbeauftragte beunruhigend. Bei Truppenbesuchen hätten zahlreiche Frauen auch über Diskriminierungen geklagt, heißt es in dem Bericht.

Ausbildung somalischer Soldaten weiter unterstützen Bundestag debattiert über Beteiligung an EU-Trainingsmission

Auch nach der Verlagerung der EU-Trainingsmission für somalische Soldaten von Uganda nach Mogadischu will sich Deutschland weiterhin daran beteiligen. Der Bundestag debattierte in dieser Woche in erster Lesung das sogenannte EUTM-Mandat, das den Einsatz von bis zu 20 Bundeswehr-Soldaten vorsieht. Derzeit sind aus elf EU-Staaten knapp 100 Soldaten für diese Mission im Einsatz.

Die EU-Mission im Auftrag der Vereinten Nationen ist im Interesse Deutschlands und Europas, denn der gescheiterte Staat Somalia bedroht die Stabilität der gesamten Region am Horn von Afrika und darüber hinaus. Somalia hat sich zum Rückzugsraum für internationalen Terrorismus ent-

wickelt. Von dort aus greifen Piraten die internationale Schifffahrt an. Die Menschen fliehen in großer Zahl aus dem Land.

Hilfe zur Selbsthilfe

Damit sich Somalia stabilisiert, unterstützt Deutschland die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, effektive staatliche Sicherheitsstrukturen aufzubauen. Mit der EUTM-Mission zum Aufbau einer neuen Armee sollen die Somalier in die Lage versetzt werden, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen.

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr debattiert der Bundestag über eine deutsche Beteiligung an einer

EU-Ausbildungsmission in Afrika. Beim ersten Mal ging es um die Stabilisierung Malis. Dies unterstreicht: Erhebliche Herausforderungen für Europas Sicherheit haben ihren Ursprung in bestimmten Teilen Afrikas.

Den Wiederaufbau einer funktionierenden Staatlichkeit in Somalia wird die internationale Gemeinschaft noch lange unterstützen müssen. Das Engagement Deutschlands und der EU im Sicherheitsbereich ist eingebettet in einen umfassenden Ansatz zur Stärkung der staatlichen Strukturen, zu wirtschaftlicher Entwicklung sowie zur humanitären Hilfe für die somalische Bevölkerung.

„Begegnung auf Augenhöhe“ Neue Impulse für die Entwicklungspartnerschaft mit Afrika

Die EU-Staats- und Regierungschefs kommen Anfang April zu ihrem vierten EU-Afrika-Gipfel zusammen, von dem neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft beider Seiten ausgehen sollen. Aus diesem Anlass hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Antrag formuliert, den der Bundestag am Freitag beschloss. Kernforderungen sind unter anderem die Förderung von Frieden und Sicherheit, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die gute und stabile Arbeitsplätze schafft, sowie die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards in Afrika.

„Die Erwartungen an Deutschland, besondere Impulse für die nachhaltige Entwicklung auf ihrem Kontinent zu geben, sind bei den Menschen Afrikas hoch“, heißt es in dem Antrag. Umgekehrt seien die Länder Afrikas bei allen bestehenden Herausforderungen für Deutschland und Europa

auch zunehmend wichtigere Partner geworden, z.B. bei der Lösung globaler Fragen des Klimawandels. Dabei gelte es, „Afrika nicht nur als Krisenherd anzusehen, sondern als Nachbarkontinent mit vielen Chancen und Potenzialen zu begreifen“. Dabei sollen sich die Partner Europäische Union und Afrika auf Augenhöhe begegnen.

„Vorausschauende Friedenspolitik“

Mit Blick auf die Krisenherde in Nordafrika und der Sahelzone weist der Antrag darauf hin, dass Entwicklungspolitik immer auch „vorausschauende Friedenspolitik“ sei, wenn sie dazu beitrage, die Stabilität in einem Land zu erhöhen. Die Bewältigung der Folgen des globalen Klimawandels sowie

eine moderne Energieversorgung seien für den afrikanischen Kontinent ebenfalls von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus soll dafür gesorgt werden, dass das hohe Wirtschaftswachstum in vielen Staaten Afrikas auch in Arbeitsplätze umgemünzt wird.



Foto: picture alliance / Yannick Tjelle

„Eine einfache Lösung wird es nicht geben“

Jens Spahn über die Zukunft freiberuflich tätiger Hebammen und Wahlfreiheit für werdende Mütter



Foto: Stephan Baumann

Jens Spahn

Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Deutschland bieten rund 3.500 freiberufliche Hebammen Schwangeren Geburtshilfe an. Für diese Hebammen sind schwere Zeiten angebrochen: Denn zum einen sind die Prämien für ihre Berufshaftpflichtversicherung – gemessen am Einkommen – beinahe unbezahlbar geworden, zum anderen bieten immer weniger Versicherer diese Policen überhaupt noch an. CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, sich des Problems anzunehmen. Gespräche mit den Hebammen und der Versicherungswirtschaft laufen bereits. Über den Stand der Dinge sprach „Fraktion direkt“ mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jens Spahn.

Herr Spahn, die CDU/CSU-Fraktion legt Wert darauf, dass werdende Mütter frei entscheiden können, ob sie zu Hause, in einem Geburtshaus oder im Krankenhaus entbinden möchten. Ist diese Wahlfreiheit bedroht?

Spahn: Wir wollen, dass die Geburtshilfe überall in Deutschland angeboten wird. Das steht bewusst so im Koalitionsvertrag. Dafür ist einerseits eine angemessene Vergütung der Hebammen nötig und andererseits bezahlbare Haftpflichtprämien.

Unser Ziel ist es ganz klar, dass Hebammen auch in Zukunft freiberuflich tätig sein können.

Warum ziehen sich die Versicherer zurück, und warum sind die Prämien so hoch?

Spahn: Die Schadenssummen steigen seit Jahren rasant an. Kinder, die bei der Geburt einen Schaden erlitten, leben heute sehr viel länger. Die Gerichte beziffern den damit verbundenen hypothetischen Verdienstaufschlag eben auch danach. Insbesondere Großschäden haben sich in den letzten Jahren erheblich verteuert. Wichtig ist aber: Lediglich die Versicherungsprämien steigen deutlich an, die auch die Geburtshilfe abdecken. Freiberuflich tätige Hebammen, die ausschließlich Kurse oder Vor- und Nachsorge anbieten, sind von dieser Prämiensteigerung ausgenommen. Die erheblich steigenden Schadenssummen und die lange Lebenszeit der bei der Geburt schwer geschädigten Kinder führen dazu, dass die Versicherungsunternehmen ein hohes Risiko einkalkulieren müssen. Allein die Deckungssumme für eine Haftpflichtversicherung mit Geburtshilfe ist seit 2009 deutlich auf sechs Millionen Euro gestiegen. Tatsächlich bieten aktuell nur noch drei deutsche Unternehmen bzw. Konsortien Berufshaftpflichtversicherungen für Hebammen an, die neu im Geschäft sind.

Was kann die Koalition tun, damit freie Hebammen weiter Geburtshilfe anbieten können und sich nicht auf die Vor- und Nachsorge bei der Geburt beschränken müssen?

Spahn: Eine interministerielle Arbeitsgruppe hat sich bereits im vergangenen Jahr intensiv unter anderem mit der Haftpflichtproblematik befasst. Ihr Abschlussbericht soll im April vorliegen. Parallel suchen wir bereits jetzt gemeinsam mit Kollegen

aus anderen Fachbereichen nach möglichen Lösungen, denn nicht alles liegt im Bereich der Gesundheitspolitik. Sobald der Abschlussbericht vorliegt, werden wir gemeinsam in diese Arbeit einsteigen.

„Steigende Haftpflichtprämien finanziert die Krankenversicherung“

Wann ist mit einer Lösung des Problems zu rechnen?

Spahn: Die Nürnberger Versicherung hat einen Ausstieg aus dem Haftpflichtversicherungsgeschäft der Hebammen für Mitte 2015 angekündigt. Damit bleibt genügend Zeit, um in einem geordneten Verfahren eine Lösung zu finden. Mit einem Schnellschuss wäre niemandem geholfen, am allerwenigsten den Hebammen. Die aktuell steigenden Haftpflichtprämien müssen durch die gesetzlichen Krankenversicherungen im Rahmen der Vergütung der Hebammen finanziert werden. Dazu laufen bereits die Gespräche.

Grundsätzlich wird es aber wahrscheinlich keine einfache Lösung des Problems geben. Die Haftpflichtschäden sind gerichtlich festgestellte Behandlungsfehler. Dieses Risiko einfach auf Dritte zu übertragen ist höchst problematisch, weil es sich auch auf andere Bereiche präjudizierend auswirken könnte. Allein deshalb müssen alle Beteiligten in eine Lösung einbezogen werden. Wir sollten auch nicht aus den Augen verlieren, dass lediglich 1,6 Prozent der Neugeborenen jährlich außerhalb von Kliniken auf die Welt gebracht werden.

„Staaten müssen Religionsfreiheit garantieren“

Experte unterrichtet Fraktion über den aktuellen Stand der Christenverfolgung

Die Lage der Christen in der Welt verschlechtert sich; die Religionsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt. So lautet die ernüchternde Feststellung von Thomas Schirmmacher, dem Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit mit Sitz in Bonn, Kapstadt und Colombo. Schirmmacher schilderte Abgeordneten der CDU/CSU die aktuelle Situation der verfolgten und bedrängten Christen in aller Welt. Erika Steinbach, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Heribert Hirte, Vorsitzender des Stephanuskreises, hatten zu dem Fachgespräch eingeladen.

Schirmmacher ging besonders auf die heikle Lage der Christen in Syrien, in Ägypten und in der Türkei ein. Man müsse die Motivation der Diskriminierung oder Bedrohung besonders hinterfragen: „Wird aus Glaubensgründen Gewalt angewendet oder sind es eher wirtschaftliche Argumente?“

Christliche Kirchen werden vergleichsweise oft zerstört

Um das Ausmaß der Verfolgung zu beurteilen, sei es wichtig, sich die Relation der Religionen ins Bewusstsein zu rufen. Weil der christliche Glaube in der Welt am weitesten verbreitet sei, rücke er in jeder Statistik entsprechend weit nach oben. „Leider gilt trotzdem: Je brutaler die Verfolgung, desto mehr rückt das Christentum ins Zentrum“, erklärte Schirmmacher. In den Kategorien Brutalität oder Zerstörung von Kirchen stehe das Christentum einsam an der Spitze der Statisti-

ken. „Moscheen werden vergleichsweise selten verwüstet“, fuhr der Theologe fort, der auch zum Vorstand der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte gehört.

Besonders in Syrien zeige sich diese Entwicklung deutlich. Nur noch drei bis fünf Prozent der Christen, die in Syrien lebten, seien noch im Land.



Foto: Open doors

„Etwa ein Drittel der Flüchtlinge christlichen Glaubens, mit denen ich gesprochen habe, ist vor allem wegen der Bedrohung durch Islamisten geflohen“, erklärte Schirmmacher. In Syrien sei die über zweitausend Jahre alte christliche Struktur unwiderruflich verloren, selbst wenn die Christen irgendwann zurückkehren sollten.

Den Christen in Ägypten gehe es dagegen momentan verhältnismäßig gut. „Insbesondere im ländlichen Bereich gibt es zwar immer wieder Überfälle auf Christen, doch die Armee ist dann relativ schnell zur Stelle, um zu helfen“, sagte Schirmmacher. Das könne sich mit der nächsten Wahl jedoch rasch ändern, denn die Chancen stünden schlecht für demokratische Kräfte, die sich für die Religionsfreiheit einsetzen.

„Allein der Umstand der Wahlmacht noch keine Demokratie“, erklärte er und verwies dabei auch auf den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Dieser wolle die Hagia Sophia, einst byzantinische Kirche, dann Moschee, jetzt Museum und Touristenmagnet, wieder zum islamischen Gotteshaus machen. Lediglich der internationale Protest habe ihn bisher von diesem Schritt abgehalten.

Empörung löste laut Schirmmacher auch die Freilassung der geständigen Mörder dreier Christen Anfang März aus. Die mutmaßlichen Mörder wurden nach sieben Jahren aus der Untersuchungshaft entlassen, weil ein neues von Ankara erlassenes Gesetz bestimmt, dass Angeklagte nicht länger als fünf Jahre in U-Haft verbringen dürfen.

Schirmmacher bezeichnete diesen Vorgang als „Schock für die gesamte Christenheit in der Türkei“.

Verbrechen entgegnetreten

Schirmmacher informierte auch über die Situation in Indien, wo am 7. April gewählt wird. Hier gab er eine Teilentwarnung: Nur neun der insgesamt 60 Bundesstaaten seien von Christenverfolgung betroffen. „In fünf dieser neun Staaten passiert allerdings täglich etwas. Kirchen werden unbrauchbar gemacht und Häuser von Christen angezündet“, fügte er an.

Solchen und schlimmeren Verbrechen müsse man überall in der Welt entgegnetreten. Ein Staat habe die Aufgabe, die freie Wahl des Glaubens zu ermöglichen und zu verteidigen.

Frauen verdienen weniger Lohnkluft unverändert

Frauen verdienen in Deutschland weiterhin 22 Prozent weniger als Männer. Wie das Statistische Bundesamt zum Equal Pay Day am 21. März mitteilte, ist dieser Verdienstunterschied zwischen 2010 und 2013 konstant geblieben. Danach verdienten Frauen durchschnittlich brutto 15,56 Euro in der Stunde, Männer 19,84 Euro. Bei Vollzeitbeschäftigten war der Verdienstunterschied deutlich höher als bei Teilzeitbeschäftigten.

Die wichtigsten Gründe für den sogenannten unbereinigten Gender Pay Gap – die Kluft zwischen den Einkommen – sind die unterschiedlichen Branchen und Berufe, in denen Frauen und Männer tätig sind. Auch ungleich verteilte Arbeitsplatzanforderungen an Führung und Qualifikation spielen eine Rolle. Hinzu kommen weitere Faktoren wie zum Beispiel ein niedrigeres Dienstalter und ein geringerer Beschäftigungsumfang.

Damit können laut Statistischem Bundesamt rund zwei Drittel der Verdienstunterschiede erklärt werden. Das restliche Drittel betrifft Fälle, in denen Arbeitnehmerinnen auch bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation pro Stunde weniger als Männer verdienen. Der bereinigte Verdienstunterschied lag in Deutschland nach letzten Erhebungen im Jahr 2010 bei etwa sieben Prozent.

Nach der Statistik 2013 wurde der unbereinigte Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen bei Vollzeitbeschäftigten mit 17 Prozent angegeben. Weibliche Vollzeitbeschäftigte erzielten im Durchschnitt



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

17,72 Euro pro Stunde, während männliche Vollzeitbeschäftigte 21,44 Euro pro Stunde verdienen. Bei Teilzeitbeschäftigten betrug der Unterschied hingegen nur vier Prozent – mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst für Frauen von 16,03 Euro und Männern von 16,75 Euro.

Problem: Teilzeit und Minijobs

Die stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Sabine Weiss forderte eine Überwindung der Kluft. „Es ist nach wie vor ein Problem, dass Frauen bei einem beruflichen Wiedereinstieg häufig nur in Teilzeit, befristet oder in Minijobs arbeiten. Darüber hinaus sind Frauen immer noch in sogenannten typischen Frauenberufen

beschäftigt, die schlechter bezahlt werden“, erklärte sie.

Rentenlücke folgt

Die stellvertretende Vorsitzende Nadine Schön und die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Karin Maag, wiesen darauf hin, dass die jetzige Lohnlücke von 22 Prozent sich im Alter zu einer Rentenlücke von fast 60 Prozent entwickle. Sie warben dafür, dass sich Mädchen für Studien- und Ausbildungsgänge in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik bewerben. Für die Betriebe forderten sie verbindliche Verfahren gegen Entgeltdiskriminierung.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusub